

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, März 2010

60. Jahrgang, Nr. 689

ZDF-Fernsehratsmitglied Hugo Diederich und VOS entsetzt über Stasi-Vergleich mit Redakteuren

Chefredakteur Brender zerschlägt öffentlich-rechtliches Porzellan

(FG/BV) Als verbale Entgleisung hat das Mitglied des ZDF-Fernsehrates und stellvertretende Vorsitzende der VOS Hugo Diederich das bereits im Februar im Nachrichtenmagazin SPIEGEL veröffentlichte Interview von ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender bezeichnet.

Brenders Äußerung, im ZDF gebe es Spitzel vergleichbar mit den IM der Stasi, lasse jedes Geschichtsbewusstsein vermissen. Es spreche auch nicht für journalistisches Fingerspitzengefühl, sich solcher Terminologie zu bedienen, erklärte Diederich, der als stellvertretender Bundesvorsitzender die Vereinigung der Opfer des Stalinismus im Aufsichtsgremium des ZDF vertritt.

Wörtlich erklärte Hugo Diederich: „Es ist unverantwortlich, dass Herr Brender als ZDF-Führungskraft seine Redakteure mit der Geheimpolizei der SED-Diktatur vergleicht. Herr Brender sollte die Personalentscheidung des ZDF-Verwaltungsrates akzeptieren, anstatt nun in offenbar gekränkter Eitelkeit das Porzellan des öffentlich-rechtlichen Senders zu zerschlagen. Das ZDF ist keine kleine DDR, sondern auf der Basis des Staatsvertrages organisiert, der durch einen Konsens aller demokratisch gewählten Kräfte zustande gekommen ist.“ Der ZDF-Verwaltungsrat hatte kürzlich mehrheitlich beschlossen, den Vertrag von Nikolaus Brender als Chefredakteur nicht zu verlängern. Als Grund waren unter anderem die

rückläufigen Einschaltquoten in der Hauptredaktion Aktuelles im Gespräch. In einer weiteren Presseerklärung vom 23. Februar forderte das Mitglied des ZDF-Fernsehrates Hugo Diederich von Brender eine Entschuldigung. Der Chefredakteur verhöhne DDR-Opfer.

Für den Weigerungsfall kündigte der Fernsehrat eine Intervention beim ZDF-Intendanten an, um die unverzügliche Beurlaubung von Herrn Brender herbeizuführen. Diederich erklärte: „Wir erwarten, dass sich Herr Brender umgehend für seine Äußerungen entschuldigt und diese zurücknimmt. Ansonsten werden wir den Intendanten auffordern, Herrn Brender unverzüglich zu beurlauben. Es ist den Opfern der SED-Diktatur, aber auch den ZDF-Mitarbeitern nicht zuzumuten, dass eine Führungskraft den öffentlich-rechtlichen Sender in die Nähe von Stasi-Methoden rückt. Herr Brender hat durch sein Agieren dem Ruf des ZDF als demokratisches Medium erheblichen Schaden zugefügt.“ Deshalb hatte ZDF-Intendant Schächter seinem Chefredakteur öffentlich eine Rüge ausgesprochen, dennoch entschuldigte sich dieser bisher nicht.

Angemerkt sei, dass sich die VOS Mitte der 1960er-Jahre vor allem durch die engagierte Mitwirkung des einstigen Fg-Redakteurs Hans-Joachim Platz große Verdienste beim Aufbau des Fernsehsenders ZDF erworben hat. H.D.

Missbrauch West. Und Missbrauch Ost?

Missbrauch ist ein böses Wort, denn wirklicher Missbrauch – sexuell, an Minderjährigen und an Wehrlosen – gehört schlichtweg in die Kategorie Verbrechen.

In Deutschland wurden vor allem im letzten halben Jahr noch und noch Missbrauchsvorwürfe erhoben. Ziel ist hauptsächlich die katholische Kirche, gegen die man vor allem im linken Lager schon lange ankämpft, denn die Katholiken haben sich zu keiner Zeit der kommunistischen Diktatur mit den politischen Linken gemein gemacht.

Doch es geht nicht nur um die Möglichkeit, der Kirche etwas heim zu zahlen. Die Vorwürfe, Anschuldigungen und Verdammungen dienen bestens zur Ablenkung von den selbst begangenen Verbrechen, von Missbräuchen – den sexuellen wie den menschlichen allgemein.

Was in der DDR, speziell in den Jugendstrafeinrichtungen an sexuellem und sonstigem Missbrauch stattfand, soll somit unter den Teppich gekehrt werden. Wer jemals einen Jugendwerkhof oder eine Jugendziehungseinrichtung von innen erleben musste, der hat sein restliches Leben mit den Erniedrigungen und den seelischen Fußtritten zu kämpfen. Egal, ob es Mitgefangene waren oder ob sich krankhaft und machtbesessene Aufsichtskräfte an den Jugendlichen, die oftmals schon sozial stigmatisiert waren, vergangen haben – wenn man von Missbrauch redet, dann darf man die in der DDR begangenen Missbräuche nicht einfach vertuschen. A. R.

In der vorausgegangenen Fg-Ausgabe haben wir ausführlich über die Aktivitäten in der Zeitzeugenarbeit berichtet, die unser Kamerad Wolfgang Lehmann aus dem hessischen Rimbach seit vielen Jahren vor allem an den Schulen leistet. Damit wird vielen Jugendlichen ein realistisches Bild der Geschichte der DDR vermittelt. Wolfgang Lehmann – der übrigens an einer Stelle des Beitrages versehentlich als „Herr Hoffmann“ bezeichnet wurde – hat über die direkte Zeitzeugentätigkeit hinaus noch weitere Projekte in Angriff genommen und durchgesetzt. Besonders ist die Dokumentation über das Zwangslager Ketschendorf zu nennen, die Kamerad Lehmann mit viel Engagement und Überzeugungsarbeit durchgesetzt hat. Da er all seine Aktivitäten ehrenamtlich leistet, gelten ihm im Namen unseres Verbandes ein großes Lob und unser ehrlicher Dank. Wolfgang Lehmann ist inzwischen über achtzig Jahre, er kann also auf eine weit zurückliegende Spanne an Erlebnissen zurückblicken, und wir wünschen ihm und uns wie auch seinen interessierten Zuhörern, dass er weiter so fit bleibt.

Übrigens konnte ich auf der Versammlung unserer VOS-Bezirksgruppe in Bielefeld kürzlich feststellen, dass es vielfach unsere „Super-Senioren“ sind, die in Sachen

Zeitzeugentätigkeit noch mal richtig durchstarten. Erich Grebe, inzwischen 85 Jahre, berichtete in einer Schule vor rund 700 Schülern und Lehrern über sein Haftschicksal. Die Resonanz war gewaltig, und auch der Referent selbst stellte im Nachhinein fest, dass auch er von der Kulisse beeindruckt war.

Auf ein Wort des Redakteurs

In der Tat bekommt man zuweilen das Gefühl, dass viele Deutsche erkennen, wie sehr die Aufarbeitung der kommunistischen Ära in Europa in den letzten zehn Jahren vernachlässigt wurde. Angesichts der miserablen Kenntnisse von Personen und Fakten, die durch Umfragen festgestellt wurden, kommt allmählich Bewegung in die Lehrpläne. Leider wird von den Schulen selbst zu wenig getan, denn ansonsten wären noch viele weitere ehemalige politische Häftlinge als Zeitzeugen im Einsatz. Dort, wo es möglich ist, sollte man daher die Behörden und auch die Lehrer direkt ansprechen und sich über die Möglichkeit von Vorträgen unterhalten. Egal wie rüstig und geistig mobil unsere Senioren auch noch sind, sind auch ihren Einsätzen zeitliche und kräfte-mäßige Grenzen gesetzt.

Im April findet nun die nächste Generalversammlung der VOS statt. Dies ist wieder ein Ereignis, das uns alle bewegt, zumal es einen runden Geburtstag zu feiern gilt. Leider konnte in Vorbereitung des Jubiläums – so wie ursprünglich geplant – keine aktualisierte Festschrift herausgegeben werden. Bei Bedarf liegen jedoch noch einige Exemplare der vor zehn Jahren aufgelegten Ausgabe vor.

Ungeachtet dessen können wir alle stolz auf unseren Verband sein. Wir sind unabhängig, wir sind aktiv, und unsere Stimme wird in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Wir haben als Verband – und so mancher auch in seinen Einzelaktivitäten – ein Stück deutscher Geschichte mitgeschrieben und schreiben es immer noch mit. Diese Gewissheit sollte uns all jenen einen Dank wert sein, die mittlerweile nicht mehr unter uns sind, aber auch jenen, die sich immer noch aufrufen, um im Dienst des Verbandes und der Gesellschaft tätig zu sein.

Auch dem amtierenden Vorstand ein Dank und ein Glückwunsch. Es gab in den anderthalb Jahren seit der letzten Versammlung wieder einige Klippen, die umfahren werden mussten. Nun sieht man: Das Schiff VOS ist weiterhin auf Kurs.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

Suchmeldungen

Die Potsdamer Gedenkstätte „Lindenstraße 54/55“ für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ sucht zur Weiterführung ihrer Forschungs- und Dokumentationsarbeiten Kontakt zu Frauen und Männern, die von 1945 bis 1952 im Untersuchungsgefängnis des sowjetischen Geheimdienstes oder von 1952 bis 1989 im Stasi-Untersuchungsgefängnis in der Potsdamer Lindenstraße inhaftiert waren. Wer noch keine Verbindung zur Potsdamer Gedenkstätte hat und über sein Schicksal Auskunft geben möchte, wird gebeten, sich an die Potsdamer Gedenkstätte zu wenden.
Meldungen an: Gabriele Schnell, Potsdamer Gedenkstätte „Lindenstraße“, Lindenstraße 54/55 14467 Potsdam, Telefon: 0331-2896803.

Zeitzeugen für Fernsehdokumentation gesucht! Wir sind eine Berliner TV-Produktionsfirma und arbeiten an einer Geschichtsdokumentation für das öffentlich-rechtliche Fernsehen über minderjährige IMs des MfS, mit dem vorläufigen Titel „Stasi auf dem Schulhof“. Für Hintergrundgespräche suchen wir Betroffene, die mit Jugend-IMs zu tun hatten oder mit dem Thema in Berührung gekommen sind. Wir behandeln Ihre Informationen vertraulich. **Betroffene bitte melden bei: Pro GmbH, TV Produktion | Berlin Tuteur-Haus, Charlottenstr. 24, 10117 Berlin, a.kuehne@pro-gmbh.de T: 030.278 776-24 F: 030.278 776-724**



Der geschäftsführende Bundesvorstand der VOS präsentierte sich vor der Generalversammlung im April 2010 mit frischer Tatkraft und guten Mutes. Johannes Rink als Vorsitzender und seine beiden Stellvertreter Hugo Diederich und Ronald Lässig (v. l.) stellen sich den Delegierten sicherlich zur Wiederwahl. Dass die große Mehrheit der VOS-Vertreter diesen drei Kameraden ihr Vertrauen ausspricht, scheint gewiss. Fest steht: In der nächsten Ausgabe wissen wir mehr. *(Foto: BV)*

In dieser Ausgabe:

W i c h t i g

**Sexueller Missbrauch und Gewalt
in DDR-Erziehungseinrichtungen
an der Tagesordnung Seite 4**

Titelseite:

VOS geht in die Offensive

Sind die Stasi-Äußerungen von ZDF-Redakteur Brender noch Meinungsfreiheit?

Die halbe Wahrheit ist keine ganze Wahrheit

Auch in der DDR gab es sexuellen Missbrauch

Redaktionsthema:

Die Bedeutung der Zeitzeugenarbeit 2

Als Freiwild erniedrigt und missbraucht

Katrin Begoin auf CD und Grit Poppe in ihrem Buch über jugendliche Gefangene in der DDR 4

Ein viel zu früher Tod

Kamerad Uwe Trautmann stirbt mit 57 Jahren 4

An wichtigen Aufgaben mitwirken

VOS-Gruppe Erfurt mit größerem Pensum und gewachsenem Vorstand 5

Konflikt in der Birthler-Behörde?

Pressemitteilung der VOS 5

Ein Lauffeuer der Lügen

Wie in der Nazi-Hysterie Minderjährige zu Tätern gestempelt wurden (1. Teil) 6 – 7

Neuer Schwung für die Gedenkstätte oder Warten bis die Opfer verschwunden sind?

Prominente Besetzung für Beirat zur Stiftung. Pressemitteilung und Kommentar zur Situation des ehemaligen Potsdamer KGB-Gefängnisses 8

Ein Zeitzeuge mit Wissen und Kondition

Kamerad Kuo betreibt Stasi-Aufklärung im fernen Asien und in den nahen Niederlanden 9

Vor Verzweiflung geschrien

Vor 60 Jahren wurde der Aufstand in Bautzen niedergeprügelt 10 - 11

Von Vergleichen, Gleichsetzungen und öffentlichen Auftritten

Stellungnahmen, Zitate, Kommentare zur verhinderten Lehrveranstaltung zum Thema Diktaturen-Vergleich in Halle (Saale) 12 - 13

„Cottbuser Blätter“ mit Gehalt

Ein umfassendes Werk über die Geschichte des Cottbuser Gefängnisses 14

Vieles sticht auch heute noch

Edda Ahrberg legt die komplette Sammlung der „Tarantel“-Ausgaben neu auf 15

Unrecht, das in der DDR-Psychiatrie begangen wurde, aufzeigen

Lothar Tiedtge nimmt neuen Anlauf für Klage und Rehabilitation 15

Das kalte Grauen, aber auch Dankbarkeit empfunden

Der Bericht von Heinz Unruh lässt niemanden kalt, am wenigstens die ehemaligen Mitgefangenen 16

Wenigstens die Bedürftigkeitsklausel sollte weg

FDP-Fraktion äußert sich zu möglichen Verbesserungen der Ehrenpension 16

- Nachruf 4

- Pressemitteilungen der VOS 5

- Termine/Veranstaltungen 11, 15

- Briefe 5, 8, 16

- Verstorbene, Spender 19

- Impressum 20

Dank allen Spendern im Monat März

Heinz Rüdiger, Alfred Ullmann, Christa und Bernd Pieper, Joachim Frenzel, Ernst-Helmut Ebert, Günther Zausch, Günther Müller, Harald Ruschin, Ruth Liske, Peter Klausner, Fritz Schöne, Ehrenfried Feistkorn, Rudolf Keick, Peter Leuteritz, Hans Stein, Dietrich Bohmüller und Geschwister, Günter Lehmann, Fritz Schaarschmidt, Ernst Levin, Sonja und Karl-Heinz Fricke, Rainer Buchwald, Ingobert Gebauer, Joachim Bergter, Erika und Rudolf Koschek, Rudi Tietz, Brigitte und Friedrich Rodochla, Günter Meise, Helmut Kirchhoff, Dieter Veit, Karl-Günter Kübler, Rolf Unger, Jürgen Fuhrmann, Ruth Pöhland, Irene und Martin Körner, Barbara und Johann Becke, Helmut Günther, Günter Uhlig

*Allen Genannten einen herzlichen Dank.
Bundesvorstand und Redakteur*

VOS-Aktivisten in Wort und Tat voll solidarisch mit Kuba-Dissidenten

Wegen der Menschenrechtsverletzungen auf Kuba hat die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) der Botschaft des Inselstaates in Berlin eine Protestnote zugestellt. Darin wird die Inhaftierung politisch Andersdenkender als Verstoß gegen das Völkerrecht kritisiert. Stasi-Opfer wüssten aus eigenem Erleben, was Verfolgung durch die kommunistische Geheimpolizei bedeute. Das Castro-Regime halte gegenwärtig 200 Menschen aus politischen Gründen gefangen. Gleichzeitig unterstützten Aktivisten der VOS am Vormittag die Mahnwache vor der Botschaft, die Exil-Kubaner der Gruppe „Demokratie für Kuba“ organisiert haben. Mit Transparenten wie „Alles schon vergessen“ erinnerten die VOS-Mitglieder daran, dass die Befreiung von der SED-Diktatur, die mit der ersten freien Volkskammerwahl vor 20 Jahren am 18.03.1990 vollendet wurde, noch nicht das Ende kommunistischer Unterdrückung in der Welt darstellte.

Hugo Diederich, stellv. Bundesvorsitzender der VOS, erklärt: „Auch Kuba hat ein Recht auf Freiheit und Demokratie. Die Linke und ihre Gruppe „Cuba si“ unterstützen das Castro-Regime. Sie sollten lieber ihre Genossen in Havanna zur Einhaltung der Menschenrechte bewegen. Wer wie Gysi & Co. vorgibt, mit dem Stalinismus gebrochen zu haben, darf keine Diktatur hofieren.“ (FG/BV)

Erinnerungen an den Jugendknast musikalisch verarbeitet

Die Liedermacherin Kathrin Begoin weiß, wovon sie singt

Mit ihrer CD „Unvergessen“, erschienen im Januar dieses Jahres, hat die Liedermacherin Kathrin Begoin Erfahrungen aus ihrer DDR-Haftzeit auf eine Art verarbeitet, die bisher nicht so viel Verbreitung fand wie die Vorträge von Zeitzeugen oder Buchveröffentlichungen ehemaliger Häftlinge. Dabei hat gerade diese junge Frau aus Thüringen viel Erlebtes zu vermitteln. In ihren Liedern berichtet sie über das Schicksal von inhaftierten Jugendlichen in der DDR. Ein Thema, das selbst in den Reihen der politischen



Haftopfer einen Randplatz einnimmt, wagen doch viele Betroffene aus Scham und anhaltender Fassungslosigkeit mit dem, was einst mit ihnen geschah, nicht an die Öffentlichkeit zu gehen. Bei vielen ruhen die Schicksale unter dicken Gedächtnisplatten.

Eigener Musikgeschmack und andere Frisur als Grund für Einweisung der 15-Jährigen in ein Heim

Katrin Begoin selbst wurde mit 15 Jahren eingesperrt. Sie stammte aus Gera und gehörte wie viele Jugendliche einer Clique an, die sich mit dem Leben in der DDR nicht zufrieden gaben. Durch eigene Musik, alternative Kleidungsweise und Frisuren versuchten sie sich von den staatlich verordneten „Kulturschätzen“ abzugrenzen.

Katrin Begoin wurde daraufhin in ein Heim gesteckt, sie flüchtete mehrmals und bekam dann die Einweisung in den geschlossenen Jugendwerkhof nach Torgau. Erst mit 18 Jahren wurde sie entlassen.

Dass sie nun den Mut hat, ihre Erlebnisse musikalisch nachzuerzählen, dabei die Gemeinheiten des Wachpersonals oder den Selbstmord eines 16-Jährigen vorzutragen, machen sie und ihre Lieder sympathisch. Wichtig wäre, dass man diese Art des Vortrags auch

für Schulstunden nutzen kann. Denn diese Art von Zeitzeugen-Einsatz hat eine besondere Wirkung.

Das Verschweigen des sexuellen Missbrauchs an DDR-Jugendlichen ist Bestandteil der Verklärung

Beispiele sexuellen Missbrauchs und menschlicher Erniedrigung gibt es trotz des Schweigens vieler Opfer auch in Büchern. So schildert die Autorin Grit Poppe, die sich intensiv mit dem Schicksal eingesperrter Jugendlicher in der DDR befasst hat, in ihrem Buch „Weggesperrt“ die Erlebnisse einer 15-Jährigen in den Jugendverwahranstalten der DDR. Dabei wird unter anderem eine Leibesvisitation bei der Einweisung in eine Strafanstalt beschrieben: „Die Erwachsene schaute in die Öffnungen ihres Körpers, als wäre sie ein Gefäß, das eine verbotene Substanz enthielt. – Anja folgte den Anweisungen, die die Frau ihr gab, hielt die Luft an, um nicht zu schreien oder zu heulen, zuckte unter jeder Berührung zusammen.“

Katrin Begoin hat den Grund ihrer Aktivitäten im Interview mit einer Tageszeitung erklärt: „Ich möchte, dass die Leute verstehen, was damals abgegangen ist. Wenn ich sehe, mit welchem verklärtem Blick manche die DDR betrachten, dann kriege ich so einen Hals.“

Doch ist es nicht nur die Verklärung der DDR, um die es bei der Aufdeckung von Missbrauch und Gewalt gegen Jugendliche geht. Von den Politikern, aber noch mehr von den Medien wird einfach übergangen, dass diese Untaten nicht nur in der Bundesrepublik, speziell in Einrichtungen der katholischen Kirche vorkamen. Viel drastischer sind Missbrauch und Misshandlungen im Straferziehungsbereich für Jugendliche in der DDR vorgekommen. Während das, was uns heute mit großem Wehklagen als Missbrauch in der Kirche präsentiert wird, von Einzeltätern mit krankhafter Veranlagung begangen wurde, hat die Straferziehung in der DDR System gehabt. Sie geschah im staatlichen Auftrag und sollte junge Menschen durch Erniedrigung brechen, um sie gefügig zu machen.

Aufklärung über Gewalt und Missbrauch gegen Jugendliche sollte nicht nur im Westen stattfinden

Man darf daher hoffen, dass Bücher und CDs, die sich aufklärend mit diesem äußerst dunklen Teil der SED-Diktatur befassen, ebenso eine Resonanz finden wie die Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche.

Tom Haltern/Foto: Internet



Uns erreichte die traurige Nachricht vom Tode des langjährigen VOS-Mitglieds Uwe Trautmann, der bereits im Februar mit nur 57 Jahren verstorben ist.

Kamerad Trautmann lebte seit der Übersiedlung aus der DDR-Haft in Bremen. Dort gehörte er der VOS-Bezirksgruppe an, deren Vorsitzender er viele Jahre war. Für die Mitglieder seiner Bezirksgruppe, aber auch für den Bundesvorstand der VOS war er ein zuverlässiger Kamerad, der sich an Veranstaltungen beteiligte und hilfebedürftigen Kameraden zur Seite stand. Obwohl Uwe Trautmann seit längerem gesundheitliche Probleme hatte, kam sein Tod für uns alle überraschend. Unser besonderes Mitgefühl gilt seiner Frau. Wir werden sein Andenken ehrenvoll bewahren. *BV/Red.*

„Vorgang mit Augenmaß statt Hysterie bewerten!“

Opferverband fordert Aufklärung von BStU-Direktor Altendorf (Fg/BV) Nach Berichten der Tageszeitung „Die Welt“, wonach Hans Altendorf, Direktor bei der Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen, vor rund 40 Jahren in „kommunistischen Tarnorganisationen“ mitgearbeitet haben soll, hat die Vereinigung der Opfer des Stalinismus Herrn Altendorf zur Stellungnahme aufgefordert.

Ronald Lässig, stellvertretender Bundesvorsitzender der VOS, erklärt: „Die Opfer der SED-Diktatur hätten schon gern gewusst, ob die Zeitungsberichte über die politische Vergangenheit von Herrn Altendorf den Tatsachen entsprechen, immerhin ist die Leitung der Stasi-Unterlagenbehörde ein sensibles Tätigkeitsfeld. Bei der Bewertung des Vorganges und eventuellen Konsequenzen ist jedoch Augenmaß statt Hysterie angeraten. Innerhalb von 40 Jahren muss jedem Menschen ein Erkenntnisprozess zugestanden werden.“

Laut der Zeitung «Die Welt» war Altendorf über Jahre Polit-Aktivist in zwei Gruppierungen, die der westdeutsche Verfassungsschutz seinerzeit als «kommunistische Tarnorganisationen» einstuft. Dem Blatt vorliegenden Dokumenten zufolge war er ab Anfang der 1970er-Jahre sowohl in einem vom sowjetischen Geheimdienst KGB gelenkten «Weltfriedensrat» sowie in der von der DDR beeinflussten Initiative «Weg mit Berufsverboten» tätig.

Ronald Lässig, stellvertretender Bundesvorsitzender

Ministerpräsident Mappus dankt VOS

(Fg/BV) Baden-Württembergs neuer Ministerpräsident Steffan dankte dem Bundesvorstand der VOS in einem kurzen Schreiben für die übermittelten Glückwünsche zur Wahl. Die gleichzeitig erfolgte Einladung zur Feier des 60-jährigen Bestehens der VOS kann Herr Mappus leider nicht wahrnehmen. Doch schätzt er die Arbeit der VOS für wichtig und notwendig ein.

Nach guter Arbeit in den letzten Jahren nun Erweiterung des Vorstandes

Wahlen in der VOS-Bezirksgruppe Erfurt unter Teilnahme der Vertreter des Bundesvorstandes

In den Bezirksgruppen der VOS fanden in den letzten Wochen die Wahlen der neuen Vorstände und der Delegierten für die Generalversammlung statt, so auch in der Thüringer Landeshauptstadt Erfurt. Gerhard Düsterdick wurde im Amt des Bezirksgruppenvorsitzenden bestätigt, ebenso sein bisheriger

Andreasstraße. Hierzu wird gegenwärtig ein Kooperationsvertrag zwischen VOS und Thüringer Landesregierung verhandelt.

Der Entwurf sieht vor, dass unser Verband an den Bauberatungen mitwirkt, einen Vertreter in die zu bildende Kommission zur Findung eines Gedenkstätdirektors und



Stellvertreter Wolf-Dieter Meyer. (Foto – Aufnahme von Ronald Lässig – mit Ingrid Renten, G. Düsterbeck und W.-D. Meyer)

Beide Vorstandsmitglieder zogen eine positive Bilanz der Arbeit der letzten zwei Jahre. Aufgrund der zunehmenden Aufgabenfülle im zwanzigsten Jahr der deutschen Einheit entschloss sich die gut besuchte Wahlversammlung, einen weiteren Stellvertreterposten zu schaffen. In dieses Amt wurde Ingrid Renten gewählt.

Erste Gratulanten waren Hugo Diederich und Ronald Lässig vom Bundesvorstand, die an der Versammlung teilnahmen. Als eine der wichtigsten Aufgaben für die nächsten Monate sieht der Bezirksgruppenvorstand die gleichberechtigte Mitwirkung der VOS an der Planung und Gestaltung der Stasi-Opfer-Gedenkstätte in der Erfurter

einen weiteren Vertreter in die Arbeitsgruppe zur Entwicklung der Dauerausstellung entsenden wird. Im Beirat der Bildungs- und Gedenkstätte wird die VOS mit drei Vertretern sitzen. Für die eigenen Aktivitäten unseres Verbandes im Rahmen des Betriebes der Einrichtung sollen im Wirtschaftsplan der Gedenkstätte jährlich gesonderte Finanzmittel vorgesehen werden. Der Bezirksgruppe wird außerdem zugesichert, dass sie die Infrastruktur der Gedenkstätte für Vereinszwecke nutzen kann. *Ronald Lässig*

Zitiert: Brandenburg als (Demenz krankes) Gedächtnis der Zeit – so nennt VOS-Mitglied Andreas Kaiser die politische Situation in Potsdam. **Und:** Wer in Brandenburg Fische züchten will, ist im Kaninchenzüchterverein auch am falschen Platz(eck) ...

„Verdammt in alle Ewigkeit“ oder die Misere seit 1945

Professor Udo Ehling setzt sich mit den bis heute anhaltenden Verfälschungen der Urteile und Inhaftierungen durch die Sowjets auseinander

Der Film „Verdammt in alle Ewigkeit“ wurde 1953 uraufgeführt, sein Originaltitel: „From Here to Eternity“ (Wörtlich übersetzt: Von hier zur Unendlichkeit – d. Red.). Es war ein sehr eindrucksvoller US-Film. Nur wenn dieser Filmtitel auf eine Gruppe unschuldig Internierter wortwörtlich übernommen wird, liegt ein Unrecht vor, das korrigiert werden sollte. Die willkürlichen Verhaftungen nach Kriegsende in der Sowjetischen Besatzungszone führten zu einem Legitimationsproblem, das die NKWD durch die Behauptung entkräften wollte, dass sich in den sowjetischen Internierungslagern viele „Nazi-Größen und ehemalige Lageraufseher“ befanden. Leider wird diese kommunistische Schutzbehauptung auch heute noch von deutschen Politikern, wie dem ehemaligen Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Günter Baaske oder der ehemaligen Bundesvorsitzenden Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) kritiklos wiederholt (*über die skandalösen Äußerungen beider Politiker wurde aktuell in der Fg berichtet – d. Red.*) Die entsprechenden Briefe der Politiker wurden in der Broschüre „Interniert in Fünfeichen,

Im Gebiet der westlichen Alliierten kam auf 35.736 Einwohner ein Hauptschuldiger, in der Sowjet-Zone entfiel auf 139 Einwohner 1 Internierter und auf 397 Einwohner ein toter Internierter

Brest-Litowsk, Bautzen – aber nicht rehabilitiert“ reproduziert (1). Auch in den Medien ist diese Haltung vorherrschend. Es sei nur an die Pressekampagne gegen den ehemaligen Innenminister von Brandenburg Jörg Schönbohm erinnert, der es wagte, in seiner Rede vom 23. April 2006 zur Befreiung des KZ-Lagers Sachsenhausen, auch an die politischen Häftlinge der NKWD zu erinnern, die bis 1950 im KZ-Sachsenhausen interniert waren.

Allgemeine Erwägungen

Alle Zeitzeugen wissen aus eigener Erfahrung, dass sich die „Nazi-Größen“ vor dem Einmarsch der Roten Armee von Ost- nach Westdeutschland abgesetzt haben. Aus diesem Grund ist es interessant, die Zahl der Internierten der sowjetischen Besatzungszone mit der Zahl der entnazifizierten Mitbürger in den Westzonen zu vergleichen. Auf 35.736 Einwohner in Westdeutschland kam ein Hauptschuldiger und auf 2.583 Einwohner kam ein

Die Speziallager waren ein Teil des gesamten sowjetischen Lagersystems. Sie wurden bereits 1920 unter Lenin in der Sowjetunion eingeführt.

Schuldiger/Belasteter.

Im Gegensatz zu Ostdeutschland kam auf 139 Einwohner ein deutscher Internierter und auf 397 Einwohner kam ein toter Internierter (1). Allein aus diesem Zahlenvergleich müsste gefolgert werden, dass fast alle Internierten willkürlich verhaftet wurden und nicht, weil sie besonders aktiv in einer NS-Organisation waren.

Die Unschuldsvermutung für Internierte wird durch die Urteile der Militärtribunale sehr auffällig unterstützt. Es wurden über zwei Drittel der Gefangenen wegen vermeintlicher Handlungen nach der Kapitulation angeklagt, nicht jedoch für Handlungen vor dem 9. Mai 1945 (2).

Ferner hätten wohl fast alle noch überlebenden ehemaligen Internierten unter die Jugendamnestie vom Mai 1947 fallen müssen (4), die für alle Jugendlichen galt, die nach dem 1. Januar 1919 geboren wurden. Die Amnestie wurde von allen Landtagen und allen Parteien der Sowjetischen Besatzungszone gebilligt und von der Sowjetischen Militärverwaltung genehmigt.

Die beschriebenen Fakten sollten ausreichen, um die Behauptung, dass sich in den ehemaligen sowje-

tischen Internierungslagern viele „Nazigrößen und ehemalige Lageraufseher befanden,“ ad absurdum zu führen.

Wie schon Jan Lipinsky feststellte (5), waren sämtliche Speziallager Teil des sowjetischen Lagersystems, das mit der Etablierung der Bolschewiki nach der Oktoberrevolution 1917 einherging. Die Liquidierung politischer, sozialer und nationaler angeblicher Gegner wurde in der UdSSR etwa seit 1920 praktiziert.

Die quellenmäßig belegten Gemeinsamkeiten der Speziallager mit dem System GULAG sind offensichtlich:

- Einlieferung nach brutalen Verhören und oftmals ohne Gerichtsurteil
- lebensbedrohlicher, ja lebensvernichtender Mangel an Verpflegung, an Hygiene und an Gesundheitsfürsorge,
- alltägliche und allgegenwärtige Schikanen,
- bewusst hingegenommenes Massensterben;
- strenge Durchsetzung der Totalisolation von der Außenwelt-,
- häufige Verlegungen und Deportationen.

Zweifel und auch einige „Überraschungen“

Grundsätzlich wurden die Internierten über ihre Schuldzuweisung von der NKWD nicht informiert. Allerdings wurde mir von der Dolmetscherin ein kurzes Vernehmungsprotokoll vorgelesen, das ich unterschreiben musste. In dem Protokoll gab ich zu, Marinehelfer gewesen zu sein.

Bei der Aufteilung der Gefangenen in Neubrandenburg kamen mir Zweifel an der Version dieses Protokolls, da ich nicht in das Kriegsgefangenenlager eingewiesen wurde, sondern als politischer Häftling in das Internierungslager kam.

Eine weitere Überraschung erlebte ich, als mir meine Mutter nach

meiner Entlassung aus dem Zuchthaus Bautzen 1948 einen Ausriss aus der amerikanischen Zeitung Red star (Roter Stern) zeigte:



Die abgebildete Meldung aus dem „Roten Stern“ wurde wahrscheinlich am 6. Juli 1945 weltweit verbreitet. Die Information beruht auf der Reportage „Kommandant einer deutschen Stadt“, die vom 5. Juli 1945 datiert ist und von einem namenlosen Spezialkorrespondenten geschrieben war. Der ganze Artikel wurde in (1) reproduziert.

Die Marine Fernschreibstelle des 32. Marine Flakregimentes fing am 6. Juli 1945 diesen Funkspruch auf: „Der Moskauer Rote Stern teilt mit, dass in Zehdenick bei Berlin eine illegale Hitler-Jugend-Organisation aufgelöst wurde. Einige Jugendliche, darunter die Leiterin, wurden verhaftet.

Marine-Oberkommando
Norwegen.“

Nachdem diese Meldung in Zehdenick bekannt wurde, schrieben unsere Eltern am 16. Mai 1947 an die Sowjetische Militäradministration einen Brief, in dem bewusst das Thema unserer Anschuldigung aufgegriffen wurde. In dem Schreiben unserer Eltern heißt es:

„Es wurden aus Zehdenick Ende Juni 1945 zwei Mädels und fünf Jungen abgeholt und fortgebracht. Diese Jugendlichen sind keineswegs politisch belastet oder haben sich sonst irgendetwas zuschulden

kommen lassen, was man ihnen zur Last legen könnte. Die drei antifaschistischen Parteien bescheinigen hiermit, dass hier nach dem Einmarsch der Roten Armee keine nationalsozialistische Bewegung, Werwolf oder dergleichen bestanden haben. Nachstehend die Namen der sieben inhaftierten Jugendlichen:

1. Hübner, Lotti geb. am 27.11. 1925
2. Krug, Lieselotte geb. 3.10. 1926
3. Ehling, Udo geb. 8. 1928
4. Gottschalk, Siegfried geb. 9. 4. 1929
5. Grauf, Günter geb. 23.3. 1930
6. Viepke-Richter, Günther geb. 5.10. 1927
7. Piskorz, Herbert geb. 10. 2. 1929

Einhelligkeit bei entlastenden Unterschriften

Diese Eingabe wurde unterschrieben von der

- Stadtverwaltung Zehdenick (Krüger),
- der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (Mass, Vorsitzender),
- der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, (Ortsgruppe Zehdenick, Höppe),
- der Christlich Demokratischen Union, Ortsgruppe Zehdenick, (Scholz)
- dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, (Ortsausschuss Zehdenick, Kopischke)
- und dem Frauenausschuss Zehdenick (Sühning)

Nur wenige Männer und Frauen hatten während der stalinistischen Terrorherrschaft den großen Mut, der sowjetischen Zone, der Besatzungsmacht so grundlegend und offen zu widersprechen, und sich für die Entrechteten einzusetzen. Dafür bin ich diesen Männern und Frauen noch heute dankbar.

Persönliche Erfahrungen

Auch die persönlichen Erfahrungen widersprechen der Behauptung, dass viele „Nazi-Größen und ehemalige Lageraufseher“ interniert waren. Bei den mehreren tausend Gefangenen, mit denen ich in den Lagern von Fünfeichen, Brest-Litowsk und Bautzen zusammen lebte, gab es nur eine „Nazi-Größe“.

Im Außenlager von Bautzen war 1947 angeblich der stellvertretende Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“ interniert. Ich war davon überzeugt, dass dieser Mitgefangene keine Funktion als Redakteur hatte, sondern nur ein Lockvogel der NKWD war, um Internierte zu identifizieren, die noch Sympathien für den Nationalsozialismus hatten.

Meine Zweifel beruhten darauf, dass die Redaktionen der Zeitung in Berlin und München waren. Warum war dann der stellvertretende Chefredakteur in Bautzen interniert? Wenn er eine solche „Nazi-Größe“ war, warum war der Häftling dann nicht verurteilt? Ich habe die Gegenwart des Gefangenen immer gemieden und nie ein Wort mit ihm gewechselt.

In Fünfeichen habe ich auch einen KZ-Aufseher kennen gelernt. Es war ein jüdischer Mitbürger, der als Kapo das KZ überlebt hatte, und nun in Fünfeichen interniert war. Wir unterhielten uns natürlich auch über das Leben im KZ. Dort waren Dinge möglich, die in den Speziallagern der NKWD völlig undenkbar waren. Dieser Eindruck wurde später durch die Lektüre des Buches von Jorge Semprun „Schreiben oder Leben“ (3) bestätigt. Einige wenige Beispiele mögen genügen. Den KZ-Häftlingen in Buchenwald wurden unterhaltsame Kinofilme gezeigt. Ich sah in meinen drei Jahren, einem Monat und einer Woche in Gefangenschaft nie einen Film. In Buchenwald gab es einen „illegalen kommunistischen Apparat“, der auch illegale Versammlungen abhielt. Völlig unvorstellbar in den Lagern Fünfeichen, Brest-Litowsk und Bautzen, in denen ich interniert war. → Fg 690

Zeitzeugenarbeit soll einen bedeutenden Platz einnehmen

Konstituierende Sitzung des Beirats der Stiftung Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam im Brandenburger Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Am 8. März fand im Brandenburger Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur die konstituierende Sitzung des Beirats der Stiftung Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam statt. Laut Satzung hat der Beirat bis zu zehn Mitglieder, die für fünf Jahre berufen werden. Der Beirat steht dem Kuratorium in fachlichen Fragen beratend zur Seite.

Mitglieder des Beirats sind Prof. Dr. Bernd Faulenbach (Vorsitzender der Fachkommission der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten), Horst Jänichen (Vorsitzender der Beirats-Kommission II der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten), Dr. Anna Kaminsky (Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur), Dr. Hubertus Knabe (Vorstandsmitglied des Vereins Gedenk- und Begegnungsstätte Ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam e. V.), Gisela Kurze (Memorial Deutschland e. V.), Dr. Maria Nooke (Stellvertretende Direktorin der Stiftung Berliner Mauer), Günter Martins (ehemaliger Häftling des Untersuchungsgefängnisses Leistikowstraße), Ulrike Poppe (Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur), Prof. Dr. Martin Sabrow (Mitglied der Fachkommission der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten) und Pfarrer Martin Vogel (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz).

Zu Beginn der konstituierenden Sitzung wählten die Mitglieder des Beirats Pfarrer Martin Vogel zum Vorsitzenden und Gisela Kurze zur stellvertretenden Vor-

sitzenden. Staatssekretär Martin Gorholt, der Vorsitzende des Evangelisch-Kirchlichen Hilfsvereins, Pfarrer Reinhart Lange, und Stiftungsdirektor Prof. Dr. Günter Morsch gratulierten dem Vorsitzenden und seiner Stellvertreterin im Namen des Kuratoriums. „Bei den großen Herausforderungen, die beim Aufbau einer modernen Gedenkstätte mit landesweiter Ausstrahlung zu meistern sind, setzen wir auf den fachkundigen Rat der Mitglieder des Beirats und freuen uns auf anregende und konstruktive Diskussionen“, sagte Staatssekretär Gorholt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Berichte und Diskussionen über die Arbeit der im Aufbau befindlichen Gedenkstätte am Ort des ehemaligen zentralen Untersuchungsgefängnisses des sowjetischen Militärgeheimdienstes. Gedenkstättenleiterin Dr. Ines Reich erläuterte die Ergebnisse der umfangreichen Recherche- und Forschungstätigkeit und die intensiven Zusammenarbeit mit Zeitzeugen im Hinblick auf die künftige Dauerausstellung, die 2011 eröffnet werden soll. Außerdem wurden Fragen des Interimsbetriebs erörtert.

Im Anschluss an die Sitzung erklärte der Vorsitzende des Beirats, Pfarrer Martin Vogel: „Mit Freude nehme ich wahr, wie leidenschaftlich sich das Mitarbeiterteam der Gedenkstätte für die weitere Etablierung dieses besonderen Ortes einsetzt. Hier wird ein Erinnern für die Zukunft möglich, das unserer Gesellschaft gut tut.“

*Verantwortlich: Dr. Horst Seferens
Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten*

Ich möchte meinen Kommentar zur Schaffung der Gedenk- und Begegnungsstätte im ehemaligen Potsdamer KGB-Gefängnis mit einer Terminankündigung beginnen: Am 30. Mai findet das alljährliche Treffen der noch lebenden und noch halbwegs mobilen erreichbaren ehemaligen Insassen dieser furchtbaren Stätte statt. Es findet aber nicht, wie man es für nahe liegend befinden sollte, in den Räumen der Gedenkstätte Leistikowstraße statt, sondern im Pflingstberghaus, das sich etwa einhundert Meter entfernt befindet. Dieses Treffen wird auch nicht vom Betreiber der Gedenkstätte, die ja zugleich Begegnungsstätte (!) heißt, ausgerichtet, sondern von jenem Verein, der sich seit mehr als zehn Jahren um die Bewahrung und die Herrichtung des ehemaligen KGB-Gefängnisses nach Kräften bemüht hat. Die Frage drängt sich einem also geradezu auf: Warum ist der Betreiber der Gedenkstätte nicht in der Lage, hier die Räume zur Verfügung zu stellen? Warum hat der

Verein auch sonst keine Möglichkeit, diese Stätte zu nutzen?

**Ein großer Auftritt,
doch die Opfer
tagen außerhalb**

warum?

Ein Kommentar

Wenn man zugleich in Betracht zieht, dass diese Gedenkstätte für Besucher zudem nur an Wochenenden – leider nicht innerhalb der Woche – geöffnet ist, stellt sich schon die nächste Frage: Warum wird Gästen der Stadt und Einheimischen der Zugang an den Wochentagen verwehrt? Man nehme das ehemalige Stasi-Gefängnis in der Potsdamer Lindenstraße, dort hat man viel häufiger Zutritt, dort werden, z. B. durch Frau Schnell, sachkundige Führungen angeboten, dort trifft man häufig auf Schulklassen, die hier aktiv Geschichtsunterricht betreiben.

Von den Opfern, die im KGB-Gefängnis sehr schwere Zeiten erlitten haben, wird weiter beklagt, dass im Keller, wo sich Zellen und Folterstätten befanden, die Fenster nicht mehr verdunkelt sind – so wie das zu Zeiten der Fall war, als die Sowjets ihre Vergeltung praktizierten. Ohne die Herstellung des einstigen Zustandes, wozu die Dunkelhaft gehöre, sei die Qual der Inhaftierung keineswegs in vollem Maße nachzuvollziehen. Mehrfach schon, so Frau Rüdiger vom Verein, sei dieses Versäumnis erfolglos angemahnt worden.

Natürlich, es ist erfreulich, wenn sich nun namhafte und renommierte Personen des öffentlichen Lebens um diese Gedenkstätte bemühen, indem sie im Beirat mitarbeiten wollen. Aber öffentliche Auftritte und eine gute finanzielle Ausstattung sollten hinter der Fürsorge für die Opfer zurückstehen. Es ist abzusehen, dass die letzten Zeitzeugen bald nicht mehr da sein werden. Man sollte also die Stimmen der Opfer hören – jetzt.

A. R.

AUFKLÄRUNG ÜBER STASI-VERBRECHEN IM FERNEN INDONESIEN

Der ehemalige VOS-Bundespressesprecher Xing-hu Kuo informiert in Asien, aber auch im Nachbarland Niederlande nachdrücklich über das SED-Unrechtsregime und die Stasi

Aufgrund meiner multikulturellen Herkunft (geboren 1938 in der Kolonie Niederländisch-Indien, heute Indonesien, als Sohn chinesischer Einwanderer) ist es mir in den letzten Jahren gelungen, auch im größten Inselreich der Welt mit 240 Millionen Einwohnern in den dortigen Medien über die Verbrechen der Stasi, meine Erfahrungen in Hohenschönhausen und Bautzen-II, sowie mit der Diktatur in der DDR, erfolgreich Aufklärung zu betreiben. Erleichtert wird diese Chronistenpflicht dadurch, dass mein Vater, Kuo Keming (Kwee Kek Beng im Dialekt der Provinz Fukien in Südchina) als ehemaliger Chefredakteur der großen und einflussreichen Tageszeitung „Sin Po“ in den Jahren 1923 bis Anfang der 50er Jahre Pressegeschichte des Landes mitgeschrieben hat. Als Sohn des bekannten Journalisten konnte ich in Indonesien leicht Zugang zu Print- und sonstigen Medien bekommen, auch aufgrund meiner nicht vergessenen Sprachkenntnisse nach 53 Jahren in Deutschland.

Im Februar 2010 wurde ich stundenlang von der größeren Tageszeitung der indonesischen Hauptstadt „Koran Jakarta“ interviewt. Das Ergebnis waren zwei Artikel auf der ersten Seite: Teil eins ging über meine Jugend als Sohn des ehemaligen Publizisten Kuo Keming, Teil zwei über meine Erfahrungen in der DDR vor dem Hintergrund der sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft im kommunistischen Lager in den 60er und 70er Jahren.

Von 1963-1965 arbeitete ich nach erfolgreichem Studium an der Leipziger Fakultät für Journalistik („Das rote Kloster“!) in der Presseabteilung der chinesischen Botschaft in Ost-Berlin. Meine undankbare Aufgabe: Übersetzung und Herausgabe der antisowjetischen Bulletins der Botschaft und deren Verbreitung vor allem unter intellektuellen und Multiplikatoren der SED/DDR, was die Wut von Stasi UND KGB auf mich lenkte.

Nachweislich wurden 39 (!) IMs oder Spitzel auf mich angesetzt! So

wurde Ende 1964 von der Stasi meine Inhaftierung und „Liquidierung“ beschlossen. Im Januar 1965 wurde ich verhaftet. 18 Monate dauerte allein die zumeist in totaler Isolation verbrachte U-Haft in Hohenschönhausen, in einem geheimen Prozess wurde ich 1966 in Ost-Berlin zu sieben Jahren und sechs Monaten Zuchthaus der strengsten Kategorie verurteilt, wegen „Verbindungsaufnahme zu westlichen Geheimdiensten“ und „Verleitung zum Verlassen der DDR“ (auf Normaldeutsch: Fluchthilfe).

Die Einzelheiten dieser Folterzeit kann jeder in meinen Büchern „Ein Chinese in Bautzen-II“ und „Wodka in Sektgläsern“/Auszüge aus meinen Stasi-Akten) nachlesen. Das indonesische Privatfernsehen TV-One hat mich dann am 11. Februar fünf volle Stunden befragt nach meinen Erlebnissen in der DDR, vor allem mit der Stasi in Hohenschönhausen und Bautzen II. Die erfahrenen Journalisten von Zeitung und Fernsehen waren sichtlich erschüttert und wollen die Gespräche zu einem späteren Zeitpunkt in Deutschland fortsetzen, um an Original-Tatorten wie Berlin und Bautzen noch eingehender auf diese für sie unfassbaren Berichte noch anschaulicher dokumentieren zu können. Bereits in den letzten drei Jahren haben Zeitungen und Zeitschriften in Manado, der Hauptstadt der Provinz Nord-Sulawesi die größte Tageszeitung von Semarang, der Hauptstadt Zentraljavas sowie die englischsprachige "The Jakarta Post" ausführlich über meine Hafterfahrungen in der DDR berichtet.

Denn für diese Inselrepublik ist mein Fall einzigartig. Ich bin der einzige Insulaner, der das tropische Südsee-Paradies gegen die eisige SED/Stasi-Diktatur in Form von menschenunwürdigen „Verwahrlosten“ getauscht hat, wenn auch unfreiwillig ... Natürlich wussten auch die dortigen politisch interessierten Journalisten vom Fall der Mauer, den Demonstrationen, die das SED-Regime zu Fall brachten; aber wie es konkret in dieser Diktatur aus-

sah, war bislang keinem richtig bewusst. Auch im ehemaligen „Mutterland“ Indonesiens, in Holland, habe ich die Gelegenheit eines Aufenthalts von 2000 bis 2006 genutzt, um aufklärerisch zu wirken. Ich habe im Jahre 2004 als erster ehemaliger politischer Häftling der DDR ein Buch auf Holländisch verfasst: „In de hei van de Stasi“ (In der Hölle der Stasi), quasi als Antwort auf das damals so ziemlich einzige Buch in den Niederlanden über die Stasi, verfasst von einem gewissen Markus Wolf, der den DDR-Geheimdienst als ehemaliger HVA-Chef verklärte.

Das holländische Fernsehen drehte mit mir und einem ehemaligen holländischen Bautzen-II-Mithäftling einen beeindruckenden Dokumentarfilm in Bautzen II und Berlin-Hohenschönhausen, der im Jahre 2005 zur besten Sendezeit gesendet wurde und zu weiteren Einladungen zu Vorträgen in Holland führte. Das war dort besonders nötig, da in Holland aufgrund der deutschen Besatzung von 1940 bis 1945 die DDR-Propaganda, dass nur sie der „bessere, weil antifaschistische Staat“ sei, durchaus bis heute Wirkung zeigt! Deshalb war ich froh meine Sprachkenntnisse aus dem holländischen Gymnasium in Batavia/Jakarta jetzt zur Aufklärung der SED-Verbrechen nutzen zu können!

Leider stieß meine Initiative in Indonesien und in Holland bei bundesrepublikanischen Institutionen auf wenig Interesse oder sogar auf Ablehnung. Die Goethe Institute in Jakarta und Holland reagierten verstimmt bzw. überhaupt nicht, auch die deutsche Schule in Jakarta lehnte letztendlich einen Vorschlag, notabene vom Botschaftsrat der Deutschen Botschaft in Jakarta, mich zu diesem Thema sprechen zu lassen, ab. Offenbar dominieren dort die Schlussstrich-Mentalität-Beamten der Berliner Bürokratie! Oder sind dort gar Sympathisanten und Nostalgiker der DDR/SED/Stasi mit üppigen Auslandszulagen tätig?!

Xing hu Kuo

Anm. d. Red.: Der Autor des Beitrags, Kamerad Xing hu Kuo hat durch seine Vorträge und Zeitzeugenberichte insbesondere in den Niederlanden für eine Welle der Entrüstung bezüglich der SED-Verbrechen gesorgt.

Die Schreie der Inhaftierten: „Wir wollen nicht verrecken!“

Kamerad Harald Knauß erinnert in einem authentischen Bericht an die menschenunwürdige Situation der Häftlinge im Speziallager Bautzen und die Niederschlagung des Aufstands vor 60 Jahren

Vor sechzig Jahren wurde im Speziallager Bautzen, das während der gesamten Zeit des Bestehens der DDR seinen Ruf als Schreckensstätte behielt, der zur traurigen Legende gewordene Aufstand der bis aufs Eelendste gepeinigten Aufständigen statt. Mit Schreien der Verzweiflung versuchten sich die Häftlinge bei den Einwohnern des Ortes Gehör zu verschaffen, doch bald schon wurde der Aufstand brutal durch die Volkspolizei niedergeschlagen. Harald Knauß, der die tragischen Ereignisse gemeinsam mit dem Schriftsteller Walter Kempowski miterlebte, nannte den Aufstand einen „erste Protest gegen die 1949 gegründete Volksdemokratie DDR.“ Nachstehend sind seine persönlichen Erinnerungen nachzulesen.

1948 verbesserten sich die Lebensbedingungen etwas im Speziallager vier der sowjetischen Besatzungsmacht – im Volksmund Gelbes Elend genannt. Drei Jahre mussten wir, SMT-Verurteilte und Internierte, auf blanken Holzpritschen oder Steinfußböden schlafen. Jetzt wurden Strohsäcke ausgegeben, die Brotrationen wurden um wenige Gramm erhöht. Täglich abwechselnd erhielt man einen Esslöffel Marmelade, Zucker oder Margarine. Als Lektüre bekamen wir einige Exemplare des „Neuen Testaments“ und eine Broschüre „Gespräche über den Zaun“. Alle anderen Bücher waren weiter verboten.

Der russische Militärarzt, genannt „Schwarzer Panther“ wurde gegen die Ärztin „Roter Engel“ ausgetauscht.

Im Sommer 1949 erhielten wir einzelne ostzonale Zeitungen: Neues Deutschland, Tägliche Rundschau, National Zeitung. In der Anstaltskirche wurden hin und wieder Gottesdienste abgehalten. Ein Saal wurde geräumt, es gab sogar „Kino“, in dem meist russische Streifen, aber auch der Märchenfilm „Das kalte Herz“ gezeigt wurden. Die Gerüchteküche kochte mal wieder. Stand unsere Freiheit kurz bevor?

Nein, es kam anders, schlimmer!

Am 15. Februar 1950 wurden wir SMT-Verurteilten deutschen Behörden, das heißt der Volkspolizei übergeben. Man übergab uns von Saal sieben in den leeren Saal zwei.

An einer langen Tischreihe saßen die NKWD-Leute und die Volkspolizisten. Wir wurden nach dem Alphabet aufgerufen. Für jeden wurde ein Schnellhefter übergeben.

Die Volkspolizisten beäugten uns ernst, feindselig. Mit einem Strafmaß von 25 Jahren waren wir wohl auch für sie Schwerverbrecher.

Nach dem Passieren der Tischreihe waren wir in „deutscher Hand“.

Mit der Übergabe hatte sich für uns Wesentliches verändert:

1. Der Saalälteste konnte von uns selbst, also demokratisch, gewählt werden.
2. Das von den Sowjets installierte Spitzelsystem existierte nicht mehr!

Wir wählten Franz Otto zu unse-

verbrecher“ waren, fertigten wir auf Bettlaken „Wandzeitungen“ an. (Lange vor den Chinesen). Fotos unserer Mütter, Väter, Frauen, Schwestern und Brüder, selbst angefertigte Stickereien und Strickarbeiten wurden auf die Laken geheftet und in der Nähe der Saaleingangstür aufgehängt.

Die Reaktionen der wachhabenden Volkspolizisten waren doch sehr unterschiedlich.

Eines Tages gab es große Aufregung am Saaleingang. Ein Neuzugang wurde als Vertrauensmann, als Spitzel der Russen entlarvt. Er sollte Mitgefangene schikaniert und geschlagen haben. Einer von uns ging auf ihn zu und sagte: „Ich gebe dir nur zurück, was du mir einmal gegeben hast!“ Er knallte ihm eine kräftige Ohrfeige. Das war das Signal für andere, die inzwischen einen Kreis um den Spitzel gebildet hatten. Mit Gejohle fielen sie über ihn her, schlugen ihn zu Boden. Unter lautem Gebrüll zogen sie ihn an allen „Viern“ durch den Mittelgang und warfen ihn im

Waschraum in die Waschrinne. Das Wasser wurde aufgedreht. Aus den Löchern der Wasserrohre prasselte das Wasser gegen das Blech. Sein Schreien war dadurch nicht

mehr zu hören. – Nach kurzer Zeit gebot unser Saalältester dem Treiben Einhalt. Der Delinquent wurde zum Saalausgang gebracht und dem Wärter mit den Worten „Für diesen Mann ist in unserem Saal der Boden zu glatt, er fällt immer hin!“ übergeben.

rem Saalältesten, zu unserem Vertrauensmann.

Wir alle gingen jetzt davon aus, dass die deutschen Behörden die irrsinnigen Strafmaße überprüfen und uns bald entlassen würden.

Um unsere neuen Bewacher zu beeindrucken und davon zu überzeugen, dass wir keine „Schwer-



Unsere häufigen Anfragen bei dem Wachpersonal, wie es denn mit uns weitergehen solle, blieben unbeantwortet. Die Suppen wurden dünner, die Brotrationen kleiner.

Ein ausgewähltes Gremium, Franz Otto, der Studienrat Jochen Hafner, der Studentenfürer Wolfgang Natonek, ein weiterer Student (den Namen weiß ich nicht mehr), ein Kaufmann aus Magdeburg, den Walter Kempowski in seinem Buch über den Haftaufstand „Im Block“ Langentwiet genannt hat, und andere verfassten nach tagelangen Beratungen im Saalbüro (der Kommandantur) eine Resolution. In dieser forderten wir unsere Freiheit und die sofortige Verbesserung unserer Lebensverhältnisse. Der Saalälteste übergab das Schriftstück dem Wachhabenden mit der Bitte um Weiterleitung an die Anstaltsleitung.

Vergeblich warteten wir auf eine Antwort oder überhaupt eine Reaktion.

Unsere Stimmung wurde nun immer gereizter, dazu trug der Hunger wesentlich bei.

EIN HUNGERSTREIK WURDE BESCHLOSSEN! Mit den anderen sieben Sälen des Kreuzbaues stimmten wir uns ab. Über das gemeinsame Treppenhaus im Saalflügel war das beim Empfang der Essenkübel möglich. Der **TERMIN**: sollte der 13. MÄRZ 1950 sein! Die Revolte war somit beschlossen und organisiert!

Es ging alles sehr korrekt zu. Die Pritschenblöcke wurden zum Essenempfang aufgerufen. Es gab wie immer „Blauen Heinrich“. Die jeweiligen Blockältesten meldeten dem Saalältesten: Meine Leute lehnen die Nahrungsaufnahme solange ab, bis wir Gewissheit über unser weiteres Schicksal haben.

Nachdem alle Blöcke die gleiche Prozedur hinter sich gebracht hatten, meldete Kamerad Franz Otto dem Wachhabenden den Hungerstreik, wobei der die vorgenannten Argumente aufführte.

Als Konsequenz wurden die Essenkübel hinausgetragen.

Wir legten uns wieder auf unsere Pritschen und warteten ab, ob sich das alles zur Mittagszeit wiederholen sollte. Die Antwort kam gegen Mittag plötzlich. Sie meldete sich

durch lautes Schreien, abermaliges Rufen von draußen.

Fenster auf. „Seid mal ruhig!“ Von Tbc-Häusern II und III schallte es:

Hunger, Hunger, Tbc!

Wir fordern unsere Freiheit!

Wir rufen das Rote Kreuz!

Sofort rannten fast alle an die Fenster und fingen zu schreien an. In solchen Situationen finden sich immer beherzte Menschen, die das Kommando übernehmen:

„So geht das nicht!“, hieß es, „wir rufen gemeinsam auf ein Zeichen.“

Wir fordern unsere Freiheit!

Wir wollen nicht verrecken!

Wir rufen das Rote Kreuz!

Es war schwer, einen Platz an einem Fenster zu bekommen. Schließlich waren 400 Mann im Saal und jeder wollte mit schreien. Einige Hitzköpfe liefen auf die andere Seite des Saales und wollten die Blenden abmontieren. Sie kamen jedoch zur Vernunft. Auch aus den anderen sieben Sälen schallten die Hilfeschreie. Später hieß es, man habe sie in der Stadt Bautzen gehört.

Es war wie ein Wettbewerb von Sprechchören. Unheimlich – man bekam eine Gänsehaut.

Nach etwa zwei Stunden ebten die Schreie ab. Wir waren heiser geworden.

Inzwischen waren die Wachtürme von Russen besetzt worden. Am späten Nachmittag erschien Polizeirat Schulze (der berüchtigte „Hunde-Schulze“) und eröffnete uns, dass die Schreierei Folgen haben würde. Eine sei der Essensentzug. Die SMT-Urteile hätten weiter Gültigkeit, hieß es. An eine Überprüfung der Urteile, geschweige denn an Entlassungen wäre nicht zu denken.

Im Übrigen: Was für uns große Sorgen seien, wären für sie, die Vertreter der DDR-Organen, kleine Sorgen. Ob er da schon den Untergang seines kommunistischen Systems geahnt hatte? Uns ging es schließlich um unser Leben!

Der Knastalltag hatte uns also wieder. Unsere Existenzbedingungen verbesserten sich nicht. Im Gegenteil.

Am 31. März brach es wieder los!

Aus den Häusern II und III donnerten die Sprechchöre der Tbc-Kranken deren große Verzweiflung nach draußen! In unserem Saal wurden die Fenster aufgerissen, wir wollten wieder mitschreien. Unser Saalälteste rief uns jedoch im Mittelgang zusammen und erklärte, dass diese Aktion mit uns nicht abgesprochen sei und wir uns deshalb daran nicht beteiligen sollten.

Die Mehrzahl von uns stimmte dieser Erklärung schließlich zu.

Wir konnten dann beobachten, wie die Hausfeuerwehr unter Polizeiaufsicht versuchte, Wasser in die Säle zu spritzen. Vergeblich. Nun zog bewaffnete Polizei zog auf.

Nach einer Weile, als alles wieder still war, hörten wir über uns lautes Getrappel. Es dröhnte, es war laut. Und es war schauerlich. Eine Volkspolizei-Einheit, vermutlich die Brigade „Ernst Thälmann“, verprügelte die Saalinsassen bestialisch. Spießrutenlauf! Mittelalterliche Methoden. Es gab viele Verletzte. Vor allem war es das Ende unserer Hoffnungen!

Walter Kempowski, mit dem ich diese Tage gemeinsam erlebt habe, hat die Ereignisse in seinen Werken „Im Block“ und „Ein Kapitel für sich“ treffend geschildert.

Harald Knauff, Zeitzeuge

Das Foto auf Seite 6 zeigt das Plakat, das anlässlich der sechzigjährigen Wiederkehr der bestialischen Misshandlungen zahlreicher Gefangener gefertigt wurde.

Die Vorgänge zum Aufstand und zu den Haftbedingungen sind in den Büchern von Walter Kempowski beschrieben. Sie wurden auch erfolgreich verfilmt. Kempowski ist inzwischen verstorben. Sein Werk jedoch lebt weiter, es dient der Aufarbeitung und ist für die damals Inhaftierten ein wesentlicher Nachweis ihres Leidens.

In der Gedenkstätte Bautzen wurde am 18. März 2010 eine als Jugendprojekt konzipierte Ausstellung eröffnet. Sie trägt den Titel

Demokratie Erleben

Bei einem Graffiti-Wettbewerb gestalteten Jugendliche Bilder zum Thema Demokratie. Die Ergebnisse des Wettbewerbs sind bis zum 30. April 2010 in der Gedenkstätte Bautzen zu besichtigen. Mit zwei Veranstaltungen wurde außerdem an die einzigen freien Volkskammerwahlen in der DDR am 18. März 1990 erinnert. Zudem geht es für junge Leute um die Erforschung des Wertes von Demokratie.

Hingucken: Sowohl nach rechts als auch nach links!

Beirat kritisiert Staatssekretär und stellt sich hinter die Organisatoren der Veranstaltung
Presseerklärung der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Beirat für die Erinnerungsarbeit für die Zeiten der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur

Der Beirat für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit für die Zeiten der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt kritisiert die Entscheidung des Stiftungsratsvorsitzenden, Innenstaatssekretär Rüdiger Erben, den Mitarbeitern der Gedenkstättenstiftung Sachsen-Anhalt die Mitwirkung an einer geplanten Lehrerfortbildungstagung zum Thema Rechts- und Linksextremismus zu untersagen, als falsch und überzogen. Die Behauptung, die Veranstaltung wolle eine „Gleichsetzung der Diktaturen“ propagieren, mit der Staatssekretär Erben seine Entscheidung begründet, ist eine Unterstellung, die sich weder im Programm, noch in der Auswahl der Referenten und erst recht nicht in den einladenden Institutionen erkennen lässt.

Der Beirat stellt sich ausdrücklich hinter die Organisatoren - den Leiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE, die Landeszentrale für politische Bildung und die Friedrich-Naumann-Stiftung – FÜR DIE FREIHEIT.

Die Einmischung des Stiftungsratsvorsitzenden in die Arbeit politischer Bildungseinrichtungen mit einem Verbot innerhalb seines Wirkungsbereiches stellt einen Angriff auf die Freiheit des Denkens, Forschens und der öffentlichen Rede dar. Der Beirat begrüßt, dass sich die Gedenkstätte ROTER

OCHSE Halle (Saale), die sich thematisch den Opfern des Nationalsozialismus und Kommunismus/Sozialismus von 1933 bis 1989 widmet, auch mit den Auswirkungen dieser Diktaturen auf die Gegenwart beschäftigt. Eine genaue Kenntnis der Vergangenheit, die den Vergleich unterschiedlicher Machtsysteme und die Herausarbeitung ihrer Unterschiede beinhaltet, ist unverzichtbar.

Die Revolution von 1989 wurde gegen eine linke Diktatur gewonnen. Zum Schutz der Demokratie ist darum ein „Hingucken: Sowohl nach rechts als auch nach links“ zwingend erforderlich. Die ständige Verwechslung der Begriffe „vergleichen“ mit „gleichsetzen“, wie sie auch dem Staatssekretär unterläuft, zeigt, wie dringend notwendig und überfällig eine öffentliche Debatte zu diesen Themen ist.

Durch die Vermittlung historischer Fakten und quellenkritischer Methoden sollen Lehrer und Lehrerinnen junge Menschen befähigen, sich grundlegende Kenntnisse über die Entstehung von Diktaturen anzueignen, die Stärken der Demokratie zu erkennen und sich für diese einzusetzen. Die geplante Lehrerfortbildungsveranstaltung dient diesem Ziel.

*Wolfgang Stiehl,
Magdeburg, 21.2.2010*

Hierzu zitiert die Magdeburger Volksstimme am 26. Februar die Haltung des genannten Staatssekretärs:

Erben selbst habe nichts gegen einen Diktaturen-Vergleich. Es sei aber mit ihm nicht zu machen, so Erben, dass „die unvergleichlichen Verbrechen der Nazi-Diktatur“ und „schwere Menschenrechtsverletzungen in der DDR“ gleichgesetzt würden.

Eine Feststellung (nicht nur) am Rande:

Wenn jemand ein Verbot ausspricht und damit eine ernsthafte Diskussion, die Teil von Geschichtsaufarbeitung sein könnte, verhindert, so macht dies keinen guten Eindruck. Wenn es aber noch dazu um Vergleiche (oder erst mal nur um eine Gegenüberstellung von möglicherweise gleichen Zügen) verschiedener Diktaturen geht, so können die Ergebnisse, mögen sie auch kontrovers scheinen, für die Betrachtung unserer heutigen Gesellschaft Nutzen bringen. Das Verbot einer solchen Veranstaltung ist demnach vorschnell, zumal Verbote selbst etwas Diktatorisches haben könnten. Und man muss die Frage stellen, ob eine Einzelperson, wie wichtig sie sich auch nehmen mag, überhaupt die Befugnis besitzt ein derartiges Verbot zu erlassen.

Tom Haltern

Lehrerbildungsseminar in Halle - Ministerpräsident Böhmer unterstützt Staatssekretär Erben – VOS diskutiert mit Sachsen-Anhalts Landesregierung über Seminarthema „Diktaturen-Vergleich“

(BV) Die umstrittene Lehrerfortbildung hat eine Debatte im Magdeburger Landtag ausgelöst. Überraschend stellte sich Ministerpräsident Böhmer (CDU) hinter Innenstaatssekretär Erben (SPD). Dessen Vorgehen sei zwar „methodisch irritierend“ gewesen, so der Regierungschef, Erbens Einflussnahme jedoch „notwendig und in der Sache geboten“. Böhmer widersprach damit Stimmen aus der eigenen Fraktion. Kurz darauf fand das Seminar in Halle statt, bei dem Erben neueste Zahlen aus dem Verfassungsschutzbericht über

rechts- und linksextreme Straftaten in Sachsen-Anhalt vorlegte. Die rechte Szene sei momentan als am bedrohlichsten bewertet.

Im Vorfeld der Tagung hatte der VOS-Bundesvorstand in einem Gespräch mit Staatssekretär Erben in Magdeburg darauf hingewiesen, dass gerade an Schulen über die Unterschiede zwischen Diktatur und Demokratie besser als bisher aufgeklärt werden müsse. Erben ist Stiftungsratsvorsitzender der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. Beide Seiten stimmen darin überein, dass der wissenschaftliche Vergleich von NS- und SED-

Diktatur möglich sein müsse, eine Gleichsetzung jedoch ausgeschlossen sei. Dies ergebe sich auch aus dem Stiftungsgesetz von Sachsen-Anhalt, das die Einzigartigkeit des Nationalsozialismus betont. Beide Seiten weisen darauf hin, dass ein wissenschaftlicher Vergleich die unvoreingenommene und differenzierte Betrachtung voraussetze und sprachen sich für eine Änderung des Seminarprogramms aus.

Johannes Rink, der als Landes- und Bundesvorsitzender der VOS auch dem Stiftungsbeirat angehört, erklärt: „Die inhaltlichen Änderungen des Seminars sollten darauf hi-

nauslaufen, dass unvoreingenommen untersucht wird, ob und wenn ja inwieweit die durchaus gute Absicht der Vereinigung der Opfer des Naziregimes zur Aufarbeitung der Nazi-Diktatur missbraucht wird. Die VVN, die die berechtigten Interessen dieses Personenkreises vertritt, darf sich nicht durch einzelne Mitglieder in den eigenen Reihen oder Sympathisanten missbrauchen lassen. Wichtig ist uns auch die Debatte darüber, wie Jugendlichen die Unterschiede zwischen Diktatur und Demokratie systematisch näher gebracht werden können." Staatssekretär Rüdiger Erben, der Vorsitzender des Stiftungsrates der Gedenkstättenstiftung ist, erklärt: „Ich kann mir die Veranstaltung bei veränderter Konzeption auch in Kooperation mit der Stiftung Gedenkstätten vorstellen - allerdings nur, wenn das Seminarprogramm ausbalanciert und so das wissenschaftliche Klima für die Debatte herstellt wird. Dann - und nur dann - können auch Berichte über den Haftort Roter Ochse und die darin erlebten Diktaturerfahrungen sowie vom Innenministerium verantwortete Referate über Links- und Rechtsextremismus zum Programm gehören. Mit einer wissenschaftlichen Veranstaltung verträgt es sich nicht, wenn ein Programmteil die VVN-BdA als trojanisches Pferd bezeichnet.“

Eine bewährte Methode zur politischen Bildung der Jugendlichen sei es, die Vergangenheit erlebbar zu machen, betonte der VOS-Vorstand und bot hierfür sein Zeitzeugenpotenzial an. Staatssekretär Erben wiederholte den Vorschlag, dass künftig jede Schulklasse in Sachsen-Anhalt im Rahmen des Unterrichts eine Gedenkstätte besucht.

Beide Seiten vereinbarten, künftig regelmäßig Gespräche zu führen und gemeinsam die Aufarbeitung der Diktatur-Geschichte in Sachsen-Anhalt konstruktiv voranzutreiben. Manche Wortmeldung aus dem Berliner Raum in den letzten Tagen sei nicht geeignet gewesen, eine konstruktive Debatte der Sachfragen zu befördern.

Erben kündigte an, als nächsten Schritt auch die VVN-BdA zu einem Gespräch einzuladen.

*VOS-Bundesvorstand,
Pressesprecher*

Presseerklärung

Zur abgesagten Veranstaltung der Lehrerfortbildung zum Thema Diktaturenvergleich im „Roten Ochsen“

Aufgrund der in der Öffentlichkeit vertretenen Positionen der Uneinsichtigkeit, insbesondere der Landtagsabgeordneten der Linken Gudrun Tiedge, gab der VOS-Bundesvorsitzende eine weitere Erklärung an die Magdeburger Presse, in der er vom Stiftungsratsvorsitzenden eine neutrale Haltung verlangt.

Eine von mehreren demokratischen Institutionen gründlich vorbereitete Lehrerfortbildung unter dem Titel „Diktaturvergleich als Methode der Extremismusforschung“, wird von einer Partei, die sich selbst auf mehr als 40 Jahre Diktaturerfahrung berufen kann, abgelehnt und diffamiert. Eigentlich nichts Neues, sollten doch beide Diktaturen verglichen, aber nicht gleichgestellt werden. Da die SED - auch wenn sie sich dauernd neue Namen gibt - nicht an einer schonungslosen Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur interessiert ist, versucht sie alles, um diese Veranstaltung zu verhindern. Da werden - wie immer - die alten Klischees hervorgeholt, um eine Diskussion von vornherein zu verhindern. Das sind wir von dieser Partei gewöhnt.

Neu ist allerdings die Rolle, die Herr Staatssekretär Erben eingenommen hat. In seiner Position als Leiter der Gedenkstättenstiftung des Landes Sachsen-Anhalt müsste er eigentlich neutral sein.

Er darf sich nicht von einer Partei mit dieser Diktaturvergangenheit instrumentalisieren lassen. Wenn Herr Erben sich dazu hinreißen lässt, sich von einer Veranstaltung zu distanzieren, die sachlich und unvoreingenommen die Herrschaftsstrukturen der höchst unterschiedlichen Diktaturen aufarbeiten und vergleichen will, um daraus Lehren zu ziehen, dann sollte auch einmal nachgefragt werden, ob er noch Leiter der Gedenkstättenstiftung bleiben kann. In einer Demokratie darf jeder seine Meinung äußern, er darf sich aber in seiner Funktion nicht als Lobbyist einer Partei missbrauchen lassen.

Ein Verbot des Vergleichs der Diktaturen widerspricht eklatant

dem Gedenkstätten-Stiftungsgesetz Sachsen-Anhalts [§ 2 (1)], welches eindeutig fordert, sowohl die einzigartigen nationalsozialistischen Verbrechen, als auch die schweren Menschenrechtsverletzungen während der Zeiten der SBZ und der SED-Diktatur darzustellen und darüber Kenntnisse zu verbreiten.

[§ 2 (6)] legt weiter fest, die Stiftung führt zur Erfüllung des Stiftungszweckes eigene Forschungen durch und unterstützt die Forschungen Dritter. *Johannes Rink,
Bundesvorsitzender der VOS*

Zitate

Mit Bezug auf den Untertitel der Veranstaltung „Hingucken: sowohl nach rechts als auch nach links!“ wird die Linken-Landtagsabgeordnete **Gudrun Tiedge** in der Magdeburger Presse wie folgt zitiert:

„Die Befürworter dieser Tagung sprechen nun davon, dass man ja nur vergleichen, nicht gleichsetzen wolle. Das jedoch ist falsch.“

CDU-Landtagsfraktions-Chef in Sachsen-Anhalt Jürgen Scharf fordert von der SPD: „Ich erwarte von ihr die Klarstellung, dass es sich nicht um die Meinung der SPD-Landtagsfraktion, sondern um einen Ausrutscher Erbens handelt.“

Der Kurzkomentar

Man muss sich nicht wundern, dass die Linke eine Betrachtung der von ihr zu verantwortenden SED-Diktatur ablehnt. Schließlich hat sie – auch unter dem ideologischen Deckmantel des Antifaschismus – diese Diktatur in menschenverachtender Weise betrieben. Dass sie nun die Gefahr wittert, bei einem Vergleich der Strukturen und Ziele würden sich unversehens Überschneidungen und Ähnlichkeiten ergeben, hat weniger mit der Wahrung der Einzigartigkeit der NS-Verbrechen zu tun als vielmehr mit der Angst vor der Aufdeckung der von der SED verordneten Unterdrückung der DDR-Bevölkerung, in deren Rahmen sich zahllose Verstöße gegen das Menschenrecht ereigneten. *A. R.*

Personen, Daten, Erinnerungen und konkrete Geschichte

Ein erfreulich umfassendes und detailhaltiges Buch über das Gefängnis in Cottbus

Das Buch, das wir in dieser Fg-Ausgabe vorstellen, hat einige Monate auf dem Stapel der vielen anderen Rezensionsexemplare gelegen. Nicht weil es uninteressant oder unattraktiv wäre, sondern weil es ein Buch ist, für das man sich Zeit nehmen muss. Zum Lesen, zum Anschauen – und für manchen, den die hier behandelte Thematik entfernt oder ganz nah berührt, zum Erinnern und zum Nachdenken.

Es geht darin, wie man zunächst vermutet, nicht nur um das ehema-

in Ausnahmefällen ist es gelungen, durch konkrete Zeugenaussagen die Monster mit Schlüsselgewalt per Gerichtsurteil zu fassen. So auch den bis weit über die Zuchthausmauern als besonders berüchtigt geltenden Wachmann „Roter Terror“, gegen den 1996 verhandelt wurde. Die Untaten dieses negativ herausragenden Täters waren bereits in Presseberichten und TV-Aufnahmen zu erfahren. Dennoch verbindet sich gerade der Ausdruck „Roter Terror“ als Schreckenssymbol für den gesamten Strafvollzug

Gebäude genügend Ahnungen über dasselbe gewann.

Das Buch enthält eine Vielzahl an Fotos, von denen man eigentlich keines missen möchte. Porträts aus früherer Zeit und der Gegenwart, auch Aufnahmen des Gebäudes, teils im Zustand des Verfalls. Die bei den Recherchen entstandenen aktuellen Aufnahmen – auch von Ehepaaren – geben dem Buch, auch der Geschichte etwas Tröstliches. Sie zeigen uns, dass trotz aller Leiden ein Happyend möglich war.

Valerie Bosse

SEITENBLICK - BÜCHER IN DER FG

lige Cottbuser Gefängnis, sondern es geht um weit mehr. Es geht um viele (wichtige) einzelne Personen, die in dieses Gefängnis eingesperrt waren, die dort leiden mussten. Dazu gehören der Brandenburgische CDU-Landtagsabgeordnete Dieter Dombrowski (auf dem Foto abgebildet mit einem der im Strafvollzug üblichen Vierstock-Betten – für die heutige Zeit unvorstellbar), die VOS-Aktivistin Alfred Ullmann und Bernd Pieper sowie Siegmund Faust, der durch zahllose Initiativen Zeichen gegen das Vergessen des SED-Unrechts gesetzt hat.

Und es geht in dem Buch um diejenigen, die in unmittelbarer Nähe für dieses Leiden und das reibungslos funktionierende Einsperren zuständig, verantwortlich, mitschuldig (!) waren. Schließer, Wächter, Vollzugspersonal – wie immer man die Sorte Mensch, sofern man dem Einzelnen dann noch menschliche Werte zumessen konnte und kann, bezeichnen will. Es geht hier genauso um das gesellschaftliche Feedback, das untrennbar mit dem erbärmlichen Rechtsbewusstsein der Vollzugskräfte verbunden sein muss, denn jemand, der über Verstand und Moral verfügt hat, durfte sich nicht für einen derartig miserablen Job hergeben. Egal, dass nach der Wiedervereinigung – und dies gilt für alle Gefängnisse und Zuchthäuser der nun (äußerlich) verschwundenen DDR – fast die kompletten Wachmannschaften in den Staatsdienst des einstigen Klassenfeindes überführt wurden. Nur

der DDR, letztlich für die sozialistische Gesellschaft selbst, deren Wert an Demokratie und Gerechtigkeit sich (nicht nur) gemessen am Umgang mit politischen (und auch kriminellen) Straftätern als negativ erweist.

Der Autor Dr. Thomas Kittan hat gut recherchiert und er vermochte es, wichtige Leute, Zeitzeugen, zu treffen und deren Haftgeschichten zu erfahren.

Kittan hat sich nicht vor der unübersehbaren Mühe gescheut, die bereits erschienenen Bücher ehemaliger Häftlinge zu lesen und ihnen einen gerechten Platz in der Aufarbeitungsfülle zuzuweisen. Auch hat er, und das mag manchem Leser bei der persönlichen Wertung des Buches helfen, seine eigenen Lebensgeschichte skizziert und plausibel das Interesse am Thema des Buches erklären können. Ist er doch selbst kein Häftling gewesen, wiewohl er durch die räumliche Nähe zum gruseligen



Dr. Thomas Kittan (Autor):

Das Zuchthaus Cottbus – Die Geschichte des politischen Strafvollzugs
Erlebnisse politischer Häftlinge 1945

Erschienen in „Cottbuser Blätter“ (Sonderheft 2009), Regia Verlag Cottbus, 150 Seiten, 19,95 Euro
978-3-86929-033-1, Zweite Auflage
Hrsg.: Steffen Krestin

Tarantel - „Satirische Monatszeitschrift der Sowjetzone/DDR“

Für die Digitalisierung sämtlicher erschienenen Ausgaben werden fehlende Exemplare gesucht

Vielen der Älteren wird die kleine Zeitschrift „Tarantel“ noch in guter Erinnerung sein. Den Jüngeren ist sie (leider) oft unbekannt. Die Witze und Karikaturen haben in den 1950er Jahren ermutigt, aber ihre Verbreitung hat auch manchem der Leser lange Haftstrafen eingebracht. Die VOS-Landesgruppe Sachsen-Anhalt beabsichtigt, mit Unterstützung der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) und des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt eine Gesamtausgabe der 124 regulären Ausgaben für Interessierte auf DVD zusammen zu stellen. Wenn sie uns zur Verfügung gestellt werden, sollen auch Wurfzettel und Sonderausgaben Aufnahme finden. Für diese Vorhaben suchen wir noch:

- Die regulären Ausgaben mit der Nummer 4, 7, 12, 19 und 21
- Sonderausgaben
- Wurfzettel



Wer das Projekt unterstützen möchte, kann uns bis 15. April 2010 entweder die Vorlagen an folgende Anschrift leihweise zur Verfügung stellen oder bereits gescannt übersenden (Anforderungen: 300 dpi/Original als Tiff- oder jpg-Datei):

Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.
Landesgruppe Sachsen-Anhalt
Umfassungsstr. 76, 39124 Magdeburg
Postanschrift: PF 180249, 39029 MAGDEBURG
Mail: vos-md@t-online.de

Die DVD kann ab Mai 2010 gegen Überweisung einer Schutzgebühr in Höhe von 6 € (plus 1,50 € Versand) unter der gleichen Anschrift angefordert werden.

Edda Ahrberg

Seit fünf Jahren Kampf mit Arbeitgeber um Rehabilitation

Lothar Tiedtke von Koß rechnet auch auf die Unterstützung der VOS

Erst kürzlich ist Kamerad Lothar Tiedtke von Koß zur VOS gestoßen. Doch hat ihn dies ermutigt, die Aufarbeitung der bisher ungeklärten Verbrechen im Bereich der Psychiatrie zu intensivieren und auch seine eigene Rehabilitierung zu erreichen.

Als Verwaltungsangestellter vom Land Mecklenburg-Vorpommern (M-V) habe ich bereits sehr viel Erfahrung sammeln können, wie die ehemaligen Peiniger auch 20 Jahre nach der friedlichen Revolution gegenüber den Opfern in die Offensive gehen. Nur die Methoden haben sich geändert. In M-V sind 2.200 ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit in der Verwaltung tätig. Seit 5 Jahren stehe ich mit meinem Arbeitgeber, dem Land M-V, vor dem Arbeitsgericht. Exakt die Zeit, in der ich meine Rehabilitierung beantragt hatte. Die nächste Runde vor dem Landesarbeitsgericht beginnt demnächst. Die Täter von damals wollen erreichen, dass ich mit der Aufarbeitung ihrer Verbrechen aufhöre und mich aus dem Öffentlichen Dienst entferne. Sie sitzen in den höchsten Ämtern und nutzen ihre damaligen und heute neugewonnenen Beziehungen dazu, den Opfern auch in der heutigen Zeit das Leben schwer zu machen. Könntet Ihr zu meinem neuen Prozess einen Beobachter schicken?

Ich war Augenzeuge, wie in der Forensischen Isolierzelle Menschen verhungert sind

Am 15. Februar habe ich beim Generalstaatsanwalt in Rostock gegen die DDR-Diktatur, gegen die ehemalige ärztliche Leitung der Forensik P4 in Stralsund und gegen die ehemalige Staatssicherheit der DDR Anzeige wegen Mord gestellt. In den Isolierzellen der ehemaligen P4 (Forensik) war ich 1981 Augenzeuge, wie dort Menschen verhungert sind. Seit Jahren ignorieren alle zuständigen Stellen die Verbrechen in der ehemaligen forensischen Psychiatrie der DDR. Den Opfern bleibt die überfällige Rehabilitation versagt. Ich möchte Sie bitten, mich bei meiner Strafanzeige zu unterstützen. Gleichzeitig spreche ich allen die mir in der Vergangenheit beigestanden haben meinen Dank aus.

Lothar Tiedtke von Koß

Menschenrechtszentrum Cottbus lädt zu Treffen am 1. April 2010 ein. Bitte um Anmeldung bis 26. März unter: 0355-4838333 oder Fax: 0355-430 90137, info@menschenrechtszentrum-cottbus.de. Nähere Informationen erteilt der ehrenamtliche Geschäftsführer Siegmund Faust.

Wir trauern um

**Uwe Trautmann
Martin Kolbe
Hennoch Sziede
Ursula Helbig
Günter Rack
Johannes Weber**

**Bezirksgruppe Bremen
Bezirksgruppe Reichenbach
Bezirksgruppe Reichenbach
Bezirksgruppe Plauen
Bezirksgruppe München
Bezirksgruppe Gera**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

„Schlagt sie tot, die Hunde!“

Wie weh diese Erinnerungen auch heute noch tun, so sind sie doch unentbehrlich

Ein ehemaliger Insasse der Tbc-Baracke des Bautzener Lagers schildert seine Gefühle beim Lesen des Beitrags von Kamerad Heinz Unruh in den vorigen Fg-Ausgaben

☒ Als ich die beiden Beiträge von Heinz Unruh in der FG las, kam mir wieder das Grauen und die Erinnerung an eine Zeit, die man gern vergessen möchte und es doch nicht kann.

All das, was dort geschildert wird, hat man am eigenen Leib erlebt. Holzpantoffel, eine Unterhose und ein Unterhemd, ein Paar Socken, eine Decke über die Schulter und eine um den Bauch. Das war unsere Kleidung als Tbc Kranke.

Und nun die Erinnerung: Wer denkt da nicht an Siegfried Mingram oder an die Zellen in denen jede Nacht einer unserer Kameraden starb? Wer denkt da nicht an die Übergabe an die sogenannte Volks Polizei.

Wie war das doch? Die Frage kam: Weswegen verurteilt? Spionage und das als gerade 17-Jähriger oder Werwolf, Antisowjetische Propaganda und allen wurde die Tbc-Verpflegung gestrichen. Wir waren ja der schlimmste Abschaum und die größten Feinde des Arbeiter und Bauernstaates.

Der Aufstand von Bautzen, die Prügel die wir bekamen. Hundeschulze mit seinem Hund und dem Kommando: „Schlagt sie tot, die Hunde – immer auf die Köpfe!“ Und so weiter. All dies noch einmal zu schildern, tut weh und schmerzt. Man fängt an zu zittern und kann kaum weiter schreiben; und doch, doch müssen wir uns erinnern, um der Nachwelt zu sagen: Nie wieder! So etwas darf nicht mehr geschehen. Darum müssen wir immer wieder daran erinnern und denen, die gern all das, was wir erleben mussten, vergessen wollen. Lieber Heinz Unruh danke für Deine Erinnerung!

Kurt Pickel, Heiligenstadt

Anm. d. Red. Von Heinz Unruh ist ein weiterer Erinnerungsbeitrag in Vorbereitung.

FDP-Fraktion setzt sich weiter für die Verbesserung der Ehrenpension ein

Bundestagsabgeordneter Marco Buschmann beantwortet Schreiben des VOS-Bundesvorstandes

☒ Auf das Schreiben des VOS-Bundesvorstandes vom Dezember 2009 an die FDP-Bundestagsabgeordnete Cornelia Pieper reagierte nun der in der Fraktion für den Themenkomplex SED-Unrecht zuständige Abgeordnete Marco Buschmann mit einem Schreiben vom 10. Februar 2010. Darin versichert Herr Buschmann, dass sich die FDP stets – also auch vor dem Beschluss über die jetzige Ehrenpension – für eine großzügige Lösung der Entschädigungsfrage der SED-Opfer eingesetzt habe. So habe der Vorschlag der FDP-Fraktion bei einer monatlichen Zuwendung von 500 Euro gelegen. Zugleich habe die FDP-Fraktion die Gewährung der Zuwendung im Zusammenhang mit der „Bedürftigkeitsklausel“ abgelehnt. Hierzu Herr Buschmann: „Dies macht die Opferrente zu einer Sozialleistung. Dies ist nicht akzeptabel, denn Sinn und Zweck der Opferrente sollte sein, den Einsatz der Betroffenen für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat zu würdigen.“ Weiter teilt Herr Buschmann mit: „Die FDP steht weiter zu dem, was sie als Oppositions-Partei gefordert hat. ... Ich versichere Ihnen, dass die FDP-Bundestagsfraktion ihre Forderungen in die Beratungen einbringen wird. Welche konkreten Forderungen umgesetzt werden, müssen wir natürlich mit dem Koalitionspartner abstimmen.“ *Marco Buschmann*

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax : 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag
von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/Fax: 030 - 2546 26 38

Montag und Donnerstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag und Mittwoch von 10.00 bis 17.00 Uhr

Redaktion und Satz: Alexander Richter

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

redaktion@vos-ev.de

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag gleichzeitig Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Beiträge:

- | | |
|--|---------|
| 1. Aufnahmegebühr | 2,60 € |
| 2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke | |
| - alte Bundesländer | 45,00 € |
| - neue Bundesländer | 40,00 € |
| 3. Jahresbeitrag für Ehepartner | 15,00 € |
| 4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke | 24,00 € |

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (690) erscheint im April 2010

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 689: 18. März 2010